Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 250 — Montag, 29. Mai 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.50 einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 35 Pfg., auswärts 40 Pfg. Krisenaufschlag u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Englische Gerüchte über Pariser Ruhrpläne

Fabrikzerstörungen als Sanktionen

London, 29. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter der „Sunday Expreß" teilt mit, daß die französische Regierung eingehende Pläne für die sofortige Besetzung der Ruhr und Zerstörung von dort gelegenen Fabriken für den Fall fertiggestellt hat, daß Sanktionen gegen Deutschland zur Anwendung gebracht werden sollten. Die Pläne seien bereits vor etwa fünf Monaten fertiggestellt gewesen. Die Franzosen seien in dem Augenblick, als Hitler seine versöhnliche Rede im Reichstag gehalten und versprochen habe, von einer Wiederaufrüstung während der nächsten fünf Jahre Abstand zu nehmen, im Begriff gewesen, diesen Plan zur Durchführung zu bringen.

Französische Offiziere hätten bereits genaue Anweisungen für die Zerstörung von Fabriken und Maschinen erhalten, um auf ein Menschenalter hinaus jede industrielle Tätigkeit im Ruhrgebiet unmöglich zu machen.

Diese Anweisungen seien noch nicht aufgehoben, sondern könnten jederzeit, wenn Frankreich den Augenblick für angebracht halte, durchgeführt werden. England werde voraussichtlich auf Frankreich einen Druck ausüben, dies nicht zu tun. Frankreich wolle die Notwendigkeit von Sanktionen damit begründen, daß erstens Deutschland seine Zinsverpflichtungen gemäß dem Youngplan nicht erfüllt habe, und zweitens militärische Formationen innerhalb der entmilitarisierten Zone nahe der französischen Grenze erschienen seien. — Das Gerücht ist so unwahrscheinlich, daß man eine amtliche französische Stellungnahme dazu wohl erwarten darf.

Vor Abschluß des Viermächtepaktes?

London, 29. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer" meldet, daß es gelungen sei, eine neue Grundlage für den Viermächtepakt zu finden. Man glaube daher in London, daß im Laufe der nächsten Tage eine Einigung auf dieser Grundlage zustande kommen werde. Die „Sunday Times" ist der Ansicht, daß eine Einigung schon zustande gekommen sei. Paris werde den neuen Text den Polen und den Staaten der Kleinen Entente mitteilen und könne am Dienstag im Besitz der Antwort sein, so daß dann noch im Laufe dieser Woche die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen könne. — Der Pakt sehe vor:

Zusammenarbeit der vier Großmächte für die Sache des Friedens; die anderen Staaten sollten veranlaßt werden, mit den vier Großmächten für denselben Zweck zusammenzuarbeiten.

Die Vertragsdauer laute auf zehn Jahre. Während dieser Zeit sollten Fragen wie die Gleichberechtigung für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien und Vertragsrevisionen innerhalb des Rahmenwerkes des Völkerbundes in Erwägung gezogen werden.

Französischer Vorstoß gegen die Schwachgerüsteten

Genf, 29. Mai. Im Waffenhandelsausschuß hat die **französische Delegation heute einen Antrag eingebracht, der** darauf hinausgeht, die schwach gerüsteten Staaten, also auch Deutschland, vom Rüstungsmarkt fernzuhalten.

Eine längere Prozeßdebatte entspann sich über zwei prinzipielle Streitpunkte, nämlich über die Frage

1. ob die private Waffenherstellung verboten werden soll;

2. ob die Fabrikation und der Handel internationalisiert werden sollen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Die künftige Politik Danzigs

Dr. Rauschning spricht in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Mai. Der Führer des Danziger Landbundes, Dr. Rauschning, der als künftiger Senatspräsident der Freien Stadt vorgesehen ist, äußerte sich heute vor Vertretern der reichsdeutschen Presse über den Danziger Wahlkampf, und das, was im Interesse Danzigs nunmehr unbedingt sofort geschehen müsse. Dr. Rauschning wies zunächst darauf hin, daß die Nationalsozialisten die Mehrheit im Volkstag haben und damit die Regierung für sich bestimmen könnten. Dies werde der Weg sein müssen, auf dem man zu praktischer Arbeit gelange. Trotz des schweren Kampfes, in dem in Danzig seit dem Herbst vergangenen Jahres Nationalsozialisten und Deutschnationale standen, seien die Nationalsozialisten

bereit, alles, was in der Vergangenheit liege, zu vergessen und auch in Danzig noch nachträglich eine nationale Front herzustellen.

Wenn sich einer solchen Front dann noch das Danziger Zentrum anschlösse, dann habe man eine ausreichende Mehrheit für alle notwendigen Maßnahmen. Dr. Rauschning betonte aber, daß sich die Nationalsozialisten keine Bedingungen diktieren lassen würden. Von den Partnern eines solchen Bündnisses werde man verlangen müssen, daß sie die großen Ideen und Leitgedanken des Nationalsozialismus sich zu eigen machten. Die Nationalsozialisten wollten in Danzig durchaus

keine Umstürze und Umwälzungen

vornehmen. Sie erachteten es vielmehr für notwendig, die Verfassung und die bestehenden Verträge einzuhalten, trotzdem namentlich die letzteren für Danzig gänzlich untragbar seien. Im gegenwärtigen Augenblick seien diese Verträge aber nicht nur ein Zwang, sondern auch eine Rechtsgrundlage, auf der man die Unabhängigkeit Danzigs wahren könne. Die verfassungsändernden Maßnahmen, die im Reiche vorgenommen worden seien, würden in Danzig ausscheiden. Man würde

lediglich auf dem Wege der ordnungsmäßigen Gesetzgebung

vorgehen. Auch der Arierparagraph für die Beamtenschaft würde nicht in Betracht gezogen werden. Der Vortragende ging dann in weiteren Ausführungen auf den schweren Kampf ein, in dem die Nationalsozialisten ihren Sieg erfochten haben. Man hätte gegen eine lückenlos geschlossene Front von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten zu kämpfen gehabt. Die Stellung der Deutschnationalen in Danzig sei eine andere gewesen als die der Deutschnationalen im Reich. Im Herbst des letzten Jahres, etwa seit August, setzten in Danzig die Kämpfe zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten ein, die sich seitdem zusehends verschärften, eine Verschärfung, die durch die Taktik des Senats noch größer wurde. Dazu kam auch die

schwere außenpolitische Bedrohung, unter der die Nationalsozialisten ihren Kampf führen mußten.

Ihr Sieg sei darum ein solcher reinsten geistigen Kampfes. Das Ergebnis des 5. März in Deutschland sei dadurch in allerreinster Weise bestätigt worden. Die Polen setzten alle Hebel in Bewegung, um einen Wahlerfolg der Nationalsozialisten zu verhindern. So wurde erklärt, daß sie sofort nach einem Wahlsieg der Nationalsozialisten in Danzig einrücken würden. Noch am Wahlsonntag fand in Gdingen das von den Polen veranstaltete Fest des Meeres statt, zu dem Tausende von Legionären erschienen waren. Unter einem solchen Druck sich zum Nationalsozialismus zu bekennen, zeigt, so betonte Dr. Rauschning, wie stark und groß der Sieg der nationalsozialistischen Idee auch in Danzig ist. Selbst von amtlicher Seite wurde die Mitteilung, daß die Polen einmarschieren könnten, kolportiert. Während in der Stadt Danzig selbst der Marxismus nicht vernichtend geschlagen werden konnte, erlitt er auf dem Lande eine schwere Niederlage. Den unglücklichen Kampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten führt Dr. Rauschning vor allem darauf zurück, daß man sich in Danzig nicht wie im Reich in einer Oppositionskameradschaft befand. Als seit dem Herbst des letzten Jahres die Nationalsozialisten immer wieder Neuwahlen zum Senat forderten, lehnten die Deutschnationalen dies als Angriff auf die außenpolitische Sicherheit Danzigs ab. Die Dinge spitzten sich so zu, daß Dr. Rauschning selbst seit dem September 1932 nicht mehr vom Senat empfangen und der Landbund als Organisation des Landstandes nicht mehr gehört wurde.

Trotzdem die Nationalsozialisten nach dem 30. Januar die Hand zu einem Bunde geboten hatten, lehnten die Deutschnationalen es ab, mit ihnen zusammenzugehen, und erklärten, eine Aenderung des Verhältnisses wäre nicht wünschenswert. Allerdings billigt Dr. Rauschning dem Danziger Senat zu, daß man

in Danzig bereits eine deutschnationale Regierung hatte, als im Reich noch der Marxismus herrschte.

Dr. Rauschning wies in diesem Zusammenhang auf die mustergültige Disziplin hin, die die NSDAP. in Danzig trotz der Provokationen von allen Seiten durchgehalten habe. Allerdings dürfe man die Disziplin der NSDAP. durch eine Hinauszögerung der Regierungsneubildung nicht auf eine überharte Probe stellen. Wenn der Senat die Regierungsbildung verzögern sollte, so könne sich für Danzig eine schwere Gefahr ergeben. Ein Zustand des Friedens ist nur zu gewährleisten auf dem

Grundsatz der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung.

Wenn wir bereit sind, mit Polen eine Generalbereinigung aller schwebenden Fragen vorzunehmen, so muß dieser Wille und diese Friedensbereitschaft auch auf der anderen Seite vorhanden sein. Die Bereitschaft zum Frieden ist aber nicht gleichzeitig eine Bereitschaft zur Unterwerfung. Die wesentlichen Probleme sind noch nicht gelöst. Grundsätzlich sind wir zu einer umfassenden Generalbereinigung aller schwebenden Fragen bereit. Die Wirtschaftslage in Danzig ist noch schwieriger als in Deutschland. Es wird daher notwendig sein, daß von staatlicher Seite eine gewisse Leitung oder Führung versucht wird. Das wesentliche Aufgabengebiet liegt dort, wo ein Instrument gefunden werden muß zur Kooperation der einzelnen Wirtschaftskreise. Deshalb wollen wir eine sogenannte Hauptberufsständekammer schaffen. Als Selbstverwaltungskörper soll diese Institution Aufgaben erfüllen, die der Staat wegen seiner internationalen Bindungen und dergleichen mehr nicht erfüllen kann. Wir können unsere Verfassung nicht ändern, aber wir können wohl eine Form finden, die für die Volksgemeinschaft zum mindesten wirtschaftlich einen tragbaren Aufbau abgibt. Hoheitsrechte werden auf diese Weise delegiert an reine Verwaltungskörperschaften. So werden auch staatliche Präsidenten in diese Wirtschaftskammer eingesetzt werden. Damit

erübrigen sich alle Eingriffe nichtbefugter Elemente in die Wirtschaft.

Wir sind nicht der Ueberzeugung, daß wir mit einer Handbewegung die gewaltigen Schwierigkeiten in Danzig von heute auf morgen beseitigen können. Wir müssen bei allen Maßnahmen überaus vorsichtig sein. Wir werden aber die Schwierigkeiten meistern und wir werden die wirtschaftliche Existenz und die wirtschaftliche Freiheit Danzigs erhalten können.

Die endgültige Mandatsverteilung in Danzig

Danzig, 29. Mai. Nach der vorläufigen amtlichen Berechnung verteilen sich die Mandate des neuen Danziger Volkstages wie folgt (in Klammern die bisherige Mandatsverteilung):

Nationalsozialisten 38 (18);
Sozialdemokraten 13 (19);
Kommunisten 5 (7);
Zentrum 10 (11);
Schwarz-Weiß-Rot 4 (10);
Polen 2 (2).

Der Eindruck in Genf

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 29. Mai. Der Sieg der Nationalsozialisten in Danzig hat die polnisch-französischen Kreise, die in Genf schon seit einiger Zeit das Eingreifen des Völkerbundsrats in die Danziger Angelegenheiten vorzubereiten suchen, in gewisse Verlegenheit gebracht. An der völligen Legalität einer nationalsozialistischen Regierung und an der Willensrichtung der Danziger Bevölkerung selbst kann nun nicht mehr gezweifelt werden. Um so wütender ist man gegen den Oberkommissar Rosting, der diese Entwicklung nicht verhindert hat. Trotzdem wird man weiter mit Versuchen rechnen müssen, über den Völkerbund Einfluß auf Danzig auszuüben, ähnlich wie dies kürzlich hinsichtlich des Saargebietes geschehen ist. Die französisch-polnischen Propagandablätter in Genf lassen diese Tendenz deutlich erkennen. Ganz unverblümt werden hier schon seit einiger Zeit Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus in Danzig verlangt, besonders auch gegen die Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus im Reich und im Freistaat.

Auch die deutsche Einreisesperre gegen Oesterreich wird hier in internationalen Kreisen viel besprochen. Die Ansichten gehen darüber auseinander, ob die österreichische Verstimmung gegen Dollfuß, der dem Staat diese deutsche Verordnung gebracht hat, oder aber der Aerger über Deutschland letzten Endes größer sein werden. Daß man im französischen Lager diesen Bruderkampf mit größter innerer Befriedigung begrüßt und das Feuer noch nach Möglichkeit schürt, versteht sich von selbst.

Wahlen in einer Saargemeinde

Absolute Mehrheit der NSDAP.

Nalbach, 29. Mai. Gestern fanden in Nalbach (Kreis Saarlouis) die Gemeinderatswahlen statt. Da vor der Volksabstimmung keine allgemeinen Wahlen mehr stattfinden, dürfte das Ergebnis über den örtlichen Rahmen hinaus Bedeutung haben. Es erhielten: NSDAP. 602 Stimmen, 11 Sitze (1932: 83 Stimmen, 1 Sitz); Zentrum 389 Stimmen, 6 Sitze (576 Stimmen, 10 Sitze); Wirtschaftspartei 102 Stimmen, 1 Sitz (233 Stimmen, 24 Sitze); Sozialistische Arbeiterpartei 74 Stimmen, 1 Sitz (158 Stimmen, 2 Sitze); KPD. 58 Stimmen, 1 Sitz (108 Stimmen, 1 Sitz); SPD. 62 Stimmen, 1 Sitz (185 Stimmen, 4 Sitze).

Die NSDAP., die bisher nur einen Sitz im Gemeinderat inne hatte, verfügt nunmehr mit 11 von 21 Sitzen über die absolute Mehrheit.

In dieser Nummer beginnt

unser neuer Roman

SLUB
Wir führen Wissen.